

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., die 70 mm breite mm-Zeile im Zeitteil 1,10 RM. Rabatt nach Staffel B. Anzeigenpreisliste Nr. 1. Preisgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Rpf. zusätzl. Porto. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung
Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N., Ferdinandstraße 4

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einchl. Trägerlohn monatlich. Postbezug monatlich 2,00 RM. einchl. 45 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandentworfungen: für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Postadresse: Dresden-N. 1. Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 21601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981-27983 • Teleg.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktorstraße 1a; Fernruf: Kurzfür 9361-9366
Postfach: Dresden 2060 - Adressveränderungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erfüllung des entsprechenden Entgelts

Nr. 126 • Sonnabend, 1. Juni 1935 • 43. Jahrgang

Franken-Krisis auf dem Höhepunkt

Dramatische Sitzung der französischen Kammer - Deutscher Luftpaktentwurf in London überreicht - Neuer japanisch-chinesischer Konflikt

„Regierung der breiten Union“

Bouisson versucht die Kabinettsbildung

× Paris, 31. Mai
Heute morgen um 2 Uhr, als die Sitzung der Kammer zu Ende war, hat der Präsident der Republik bereits den Kammerpräsidenten Bouisson zu sich berufen, mit dem er sich verhandelt, als die Mitglieder des letzten gekürzten Kabinetts erschienen. In einer zweiten Unterredung mit dem Präsidenten der Republik hat sich Bouisson heute vormittag bereit erklärt, ein „Kabinet der breiten Union“ zu bilden. Wie man hört, soll Bouisson in dieser Hinsicht mit dem Verbrüderungsausschuss der Kammer als für die Kabinettsbildung geeignete Persönlichkeit bezeichnet haben. Der Staatspräsident habe jedoch darauf bestanden, daß niemand Bouisson selbst die neue Regierung bilde.

Jemand Bouisson hat sich sofort nach seiner Unterredung mit Verbrüderung in den Senat begeben, um mit dem Senatspräsidenten die Frage der Regierungsbildung zu besprechen. Weitere Besprechungen mit

führenden Politikern werden sich wie üblich anschließend. Bouisson hat die Absicht, sein Kabinet in möglichst kurzer Frist zusammenzustellen.

Weder die mögliche Ministerliste, noch die zahlreichen Vermutungen im Umkreis. Als bestimmt wird angenommen, daß Bouisson das Außenministerium wieder Pascal anvertrauen wird. Für den schwierigen Posten des Finanzministers wird Pierre Renouvin, als Staatsminister ohne Geschäftsbereich Derris, Louis Marin und Gaillaud. Für den Posten des Arbeitsministers nennt man den Sozialisten Dr. Raffard. Mandel soll Postminister bleiben, und Minister für öffentliche Arbeiten soll der Radikalisocialist Paganon werden. Man schreibt Bouisson die Absicht zu, sein Kabinet durch drei ministerielle Rente zu ergänzen und sich die Mitarbeit des Finanzkommissionärs als nichtparlamentarischen Minister zu sichern. All diese Namen können jedoch schließlich nur unter allem Vorbehalt genannt werden.

Nach dem Sturz des Kabinetts Flandin

Wieder nur eine Zwischenlösung zu erwarten - Pessimismus um den Franken

Von unserm Korrespondenten

H. Paris, 31. Mai
Die Voraussetzungen der Bestimmung haben sich bewahrt: Heute morgen gegen 2 Uhr ist das Kabinet Flandin gestürzt. Und nun ist man dabei, die 98. Regierung der dritten Republik, die 32. in der Nachkriegszeit, zu bilden. Eine neue Regierung - aber die Probleme, die die Krise herbeigeführt haben, bleiben nach wie vor die gleichen. Nur ist die Verwirrung heute noch größer als je zuvor.

Der Staatspräsident ist für Frankreich zu einem der wichtigsten politischen Tage geworden, die man in den letzten Jahren gesehen hat. Als das Kabinet Tommeur, das sich als Regierung der nationalen Einheit bezeichnet hatte, unter dem Druck des Parlamentarismus verfiel und Flandin, begleitet von großen Hoffnungen des Landes, die Regierung übernommen hatte, war für den Kenner der politischen Struktur Frankreichs schon klar, daß die Aufgabe Flandins überaus undankbar war. Flandin wurde an dieser Stelle gelobt, daß Flandin, so wie die Dinge lagen, noch nicht die Erneuerung des Staats- und des Verfassungsausschusses herbeiführen könne, die das französische Volk verlange und auf die Europa warte. Für seinen Nachfolger, ganz gleich, wer es sein mag, gilt dasselbe. Das Teilziel des Staatspräsidenten ist die schnelle Wahl der Erneuerung des Staats- und des Verfassungsausschusses herbeiführen.

Die neu zu bildende Regierung kann diesen Problemen gegenüber nur wieder eine Zwischenlösung sein. Am deutlichsten zeigt dies die Tatsache, daß als der aussichtsreichste Mann für die Neubildung des Kabinetts der ehemalige Kammerpräsident Bouisson genannt wird, der bis zum 6. Februar 1934 der sozialistischen Partei angehörte, um danach eine zentrale vermittelnde Stellung einzunehmen. Er ist also größter Neicher der Republik, „des sich an den Höhen der politischen Stellen“ bekannt. Keineswegs als Staatsmann oder auch nur als Politiker großen Formats. Auch politisch wird die neue Regierung zweifellos keine große Wendung mit sich bringen. Die Neubildung besonders des französischen Verhältnisses wird durch den Abgang Flandins kaum gefördert werden. Gerade dazu wäre eine stabile Regierung in Paris nötig. Das gewisse Achte - vor allem die, die der Rüstungsindustrie nahesteht - die Krise noch besonders gewollt haben, um Frankreich wieder einmal von der Möglichkeit einer außenpolitischen Verbindung im Hinblick auf die große Weltwirtschaft des Führers fernzuhalten, konnte man in den Verhandlungen der Kammer verständig hören. Was daran richtig ist, war nicht nachzuprüfen. Wandelhaft scheint es durchaus.

Ministerpräsident Flandin hat sich bis zum letzten überaus sympathisch verhalten. Sein Auftreten in der Kammer hat häufig überaus Eindruck gemacht. Man konnte beinahe zu der paradoxen Ansicht kommen, daß Flandin noch nie so populär war als jetzt, wo er gestürzt ist. Alle Parteien und alle Parteien erkennen heute seine Charakterstärke und seine wahrhaft patriotische Pflichterfüllung trotz Schmerzen und Krankheit rühmlich an. Es war ein Ausbruch hoher Trauer, als der Ministerpräsident nach seinem letzten Augenblick den Sitzungssaal verließ und draußen vor der Tür ohnmächtig zusammenbrach. Aber die Politik hat sich nicht über alle menschliche Maßnahme.

Wie sich in den letzten Wochen die innenpolitische Lage Frankreichs zeigte, besonders unter dem Ansturm auf den französischen Franken, ist bekannt. Da der kommende Monat eine Verfalltermin für eine Reihe von Staatspapieren und kurzfristigen Darlehen ist, wollte man mit aller Gewalt irgend noch eine Entscheidung über das Ziel über die Richtung der Regierung Flandin und die Abwertung des Franken herbeiführen. Die Entscheidung hat man nun, weiter aber ist man, wie schon gesagt, damit auch nicht gekommen.

Vor allem bleibt es ändernd festlich, ob es wirklich gelingen wird, den Franken zu halten. Wenn in den letzten sechs Tagen der Wert von Frankreich nicht weniger als 5 Milliarden Franken Gold abgeben. Als wirksame Maßnahmen gegen die Devaluation ist die „Paris Note“ ein Weg vor, das die Devaluationspolitik mit einer 100prozentigen Zinssteuer auf den Gewinn belastet, so daß der Zinsverlust von vornherein weiß, daß kein einseitiger Gewinn nur dem Ausland zuzurechnen ist, daß er aber im Falle eines Rückgangs der Devaluation ganz allein den Verlust zu tragen hat. Die Handelskammer von Paris hat sich in einer Entschließung gegen die Abwertung des Franken ausgesprochen. Sie warnt die französische Wirtschaft davor, sich durch die Abwertung der Devaluation ins Verderben zu stürzen. Der Verwaltungsrat des französischen Anleihefonds der europäischen Wirtschaft und Kolonien hat sich für die schnelle Einberufung einer internationalen Konferenz ausgesprochen, die die Bedingungen für die allgemeine Währungsreform zum Goldstandard und die allgemeine Stabilisierung der Währungen festlegen soll. Die gekürzte Regierung hat noch in den letzten Minuten Versuche gemacht, ebenfalls gegen die Devaluation vorzugehen. So sind gegen zwei Banken Strafverfahren eingeleitet worden, in einer anderen Bank wurde eine Kontoführung abgelehnt, mehrere Bankkonten wurden gerichtlich verweigert. Aber wird das helfen? Die Meinungen in Paris sind heute, mitten in der Regierungskrise, noch verunsichert geworden...

Der nächtliche Kampf in der Kammer

Flandin und Derriots vergeblicher Appell

× Paris, 31. Mai
Die Kammer wurde gestern in feierlicher Stimmung eröffnet. Der Kammerpräsident gab zunächst bekannt, daß es der Finanzkommission abgelehnt habe, die Vorlage der Regierung zu billigen. Der Generalberichterstatter des Finanzkommissionärs, Barthelemy, erklärte die Vorlage als nicht denkbare; trotzdem sei aber die Gefahr nicht außer Acht zu lassen, wegen möglicher Maßnahmen auf die Seite des Staatspräsidenten. Am 28. Mai seien nicht weniger als 1 1/2 Milliarden Gold abgewandert, und zwar nicht nur ins Ausland, dessen Devaluation sich aufeinander seit dem 25. Mai entmündigt hat, sondern ins Inland selbst. Gerade das müsse als

Flandin erscheint
In einer Sitzungssitzung erschienen zum allgemeinen Überraschung Ministerpräsident Flandin, den Arm in der Binde, von seinem Arzt begleitet, auf der Regierungsbank. Als der Kammerpräsident die Sitzung wieder eröffnete, betrug Flandin sofort die Rede, um die Vorlage zu verteidigen. Zum Schluß seiner Rede teilte der Ministerpräsident mit, daß Finanzminister Germain-Martin eben seinen Rücktritt angeboten und er diesen angenommen habe.

Er selbst werde neben dem Ministerpräsidenten das Finanzministerium übernehmen. Vorher hatte sich Flandin bitter darüber beklagt, daß gerade in dem Augenblick, wo eine allgemeine Währungsreform notwendig erscheine, ein solcher Verlust gemacht werde, den Frankreich zu tragen. Er hoffe jedoch, daß Frankreich weiterhin seine Finanz- und Währungsstärke bewahren werde. Die Angriffe gegen den Franken hätten bisher nicht eingeleitet, wenn nicht in Frankreich selbst eine Reihe von Ereignissen sie begünstigt hätte. Seit einigen Jahren bereits werde von denen, die in Frankreich unter der Krise zu leiden hätten, eine starke Propaganda für die Abwertung getrieben.

Eine Cliquen, die die Regierung kommen wollen, versuche, die Abwertung durchzuführen.
Man habe auch die Gemeindevahlen auf dem Lande in dieser Hinsicht ausgeschaltet. Amerikanische Zeitungsbekanntmacher hätten gemeldet, daß die Kommunisten bald die Herren Frankreichs sein würden. Man habe versucht, das Parlament noch mehr in Mißkredit zu bringen mit der Behauptung, das Parlament werde niemals den Mut haben, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Aber niemals werde die Devaluation mit dem goldwertigen Franken fertig werden, solange die Franzosen nicht vor ihrer Währung flüchten. Die Regierung verlange jetzt Handlungsfreiheit zur

Drohung der Devaluation und zur Bekämpfung der Panik.
Der Ministerpräsident versicherte, daß an dem Grund, daß der Einbruch der Banknoten in Gold nicht gerettet werden solle. Aber man könne nicht dulden, daß dieser Grund zu einem unzulässigen Druck auf die nationale Währung mißbraucht werde. Zwangsmaßnahmen gegen die „Wegwörter des Franken“ seien unvermeidlich. Der Ministerpräsident ging dann auf die Frage des Haushaltsplans ein, es seien starke Einsparungen unvermeidlich.

Er verzweifle sich gegen die Ankaufpläne, eine Devaluation zu wagen.
Er wüßte nichts als Noth. Wenn er jedoch zögere, sich diese zu nehmen, so nur deshalb, weil er

misse, was sich im Ausland vorbereite. Wenn sein Kabinet abtreten müßte, so würde die kommende Regierung trotz der Bewilligung von Vollmachten zur Abwertung verurteilt sein. Dann richtete Flandin einen dringenden Appell an die Kammer, ihm zu folgen. Der Mann auf der Straße, der Durchschnittparisier, würde sich, nachdem infolge des Krieges schon einmal ein Währungsaußenbruch eingetreten sei, nicht damit abfinden, daß sein teuer erworbenes Geld wegen der Freiheit der parlamentarischen Vertreter eine neue Wertverminderung erfahren solle. Flandin hatte, als er nach Brüssel nach seiner Rede das Regierungskabinet in der Kammer aufsuchte,

einen Ohnmachtsanfall.
Der ihm begleitende Arzt nahm sich des Ministerpräsidenten an. Nachdem Flandin sich etwas erholt hatte, kehrte er in das Ministerpräsidentium zurück. Nach Wiedereröffnung der Kammer Sitzung wurde die allgemeine Aussprache für geschlossen erklärt. In der Aussprache über die Abwertung ergab sich ein kommunikativer Nebenerfolg in heftigen Angriffen gegen die Regierung und in einer Verherrlichung der „Friedenspolitik der Sozialregierung“. Darauf ergriff

Staatsminister Derriot
das Wort. Er teilte mit, Ministerpräsident Flandin erkläre sich damit einverstanden, daß die Vollmachten zum 31. Oktober erlöschen und die Ratifizierung im

Parlament vor dem 15. März 1936 zu erfolgen habe. Derriot richtete noch einen letzten Appell an die Abgeordneten, der Regierung Flandin die beabsichtigten Vollmachten zu bewilligen. Derriot warnte vor der Devaluation, die durch eine Regierungskrise neuen Auftrieb erhalten könnte, wies auf die Gefahren des Goldabflusses hin und wies das Weisheit der Entwertung an die Wand. Er fügte hinzu, vielleicht würde eine Entwertung des Franken ein Wertvermögen in der ganzen Welt auslösen. Bei der Abstimmung handelte es sich um die Verantwortung der Frage: Soll am 31. Mai der Staat die Devaluation belegen, oder wird die Devaluation den Staat belegen? Der radikalste Abgeordnete Bonnet entwarf die dann die Ansicht des Teil der Radikalsocialen, die gegen die Vollmachten sind. Abg. Franklin-Bouillon verweigerte die Vollmachten mit der Begründung, daß gegen die Devaluation keine Verordnungen helfen, sondern nur die Polizei.

In der Nacht im 1. Juni wurde das Ermächtigungsgesetz der Regierung mit 333 gegen 202 Stimmen abgelehnt. Nach der Abstimmung begaben sich die Regierungsmitglieder zum Ministerpräsidenten Flandin in dessen Wohnung. Der Ministerpräsident unterzeichnete das Rücktrittsschreiben selbst und blieb wegen seines schlechten Gesundheitszustandes zu Hause, während die anderen Mitglieder sich ins Café begaben, um dem Präsidenten der Republik, Fernand, das Rücktrittsschreiben zu überreichen.